

Worben, 18. Januar 2014

**Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung (Kantonalverband Bern) vom 18. Januar 2014 in Bern für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2014:**

**Nein zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)**

Die Aufstockung der Gelder für den Ausbau von Verkehrsnetzen muss grundsätzlich hinterfragt werden. Insbesondere für pompöse Grossprojekte wurden immerzu neue Finanzierungsinstrumente geschaffen respektive bisherige Abgaben erhöht. Somit will man das vorerst befristete für die Invalidenversicherung vorgesehene Mehrwertsteuerpromille beibehalten und zweckentfremden. Die drastische Reduktion des Pendlerabzuges auf Fr. 3'000 bestraft vor allem Arbeitnehmer aus abgelegenen ländlichen Regionen, welche auf ein Privatfahrzeug angewiesen sind oder ihren Arbeitsort nur mit komplizierten und langwierigen Verbindungen erreichen können. Es ist äusserst zynisch, dass bei den Mitteln für den öffentlichen Verkehr urbane Zentren und Agglomerationen geradezu vergoldet werden und ländliche Angebote (unter anderem Postautolinien) aus angeblichen Kostengründen klangheimlich verschwinden. Jeglicher Tendenz zur Urbanisierung und Zentralisierung ist entgegenzutreten. Anstatt das Angebot der Infrastruktur immer weiter auszubauen, sollte die Problematik an der Wurzel angepackt werden. Die entsprechende Nachfrage erhöht sich lediglich aufgrund des Bevölkerungswachstums, welches durch die ungebremste Zuwanderung erzeugt wird. Eine Anpassung der Angebote kommt dem Verbetonieren der Landreserven gleich. Ohne Beschränkung der Zuwanderung sind die Schweizer Demokraten (SD) nicht bereit, auf eine solche Vorlage einzutreten und haben deshalb die Nein-Parole beschlossen.

**Ja zur Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“**

Für die Schweizer Demokraten (SD) ist diese Vorlage nicht direkt mit der Abtreibungsfrage verbunden. Diese wird anderweitig gesetzlich geregelt. Von einem verdeckten Angriff auf die sogenannte Fristenregelung kann keine Rede sein, zumal das Schweizer Stimmvolk darüber auch separat befunden hat. Da die Abtreibung jeweils eine persönliche Angelegenheit darstellt, sollte das Solidaritätsprinzip der Krankenversicherung (obligatorische Grundversicherung) hierbei nicht gelten. Der eigene Wille und die Eigenverantwortung sind somit auch an die Finanzierung zu koppeln. Nach dem heutigen System bezahlt eine Drittperson ohne ihr Wissen und unfreiwillig eine Abtreibung, was zutiefst unethisch ist. Zudem gibt es auch für die Frau mittlerweile genügend sichere Verhütungsmethoden, sodass man kaum mehr ohne offensichtlich eigenes Verschulden in die Situation einer ungewollten Schwangerschaft gerät. Die SD erachten eine eigene Finanzierung der Abtreibung als gerechtfertigt und fair und haben deshalb für die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ die Ja-Parole beschlossen.

## **Ja zur Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“**

Seit jeher setzen sich die Schweizer Demokraten (SD) für eine Begrenzung der Zuwanderung ein. Bis Ende November 2013 sind netto 78'487 Personen in die Schweiz eingewandert. Daraus resultiert eine Zunahme von satten 10% gegenüber dem Vorjahr. Etliche Immigranten sind auf Erwerbssuche und profitieren von den hiesigen Arbeitslosentaggeldern und zwar ohne jemals Bruttolohnabzüge dafür einbezahlt zu haben. Zudem werden insbesondere hochqualifizierte einheimische Arbeitnehmer einem erhöhten Konkurrenzkampf ausgesetzt. Aus diversen Gründen erhoffen sich deshalb die SD als Folge der Annahme dieser Initiative eine ersatzlose Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (ohne Neuverhandlungen). Dieses stellt ein Instrument des quantitativen Wirtschaftswachstums dar und ist weder ökologisch noch sozial nachhaltig. Pro Tag wird die Fläche von 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes überbaut. Die gesamte Verkehrsinfrastruktur muss dem ständigen Bevölkerungswachstum angepasst werden, wobei die Kapazitätsmöglichkeiten an ihre Grenzen stossen. Überfüllte Busse und Züge sowie chronisch verstopfte Strassen sind die Folgen. Dazu kommen mehr Abgas- und Lärmimmissionen, welche zu einer spürbar schlechteren Lebensqualität führen. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit konnten Missbräuche, weder bei den Mieten noch bei den Löhnen, niemals vollständig eindämmen. Diese Initiative ist ein zentrales Anliegen der Schweizer Demokraten (SD). Die SD befürworten eine qualitative nachhaltige Entwicklung und wollen, dass die Schweiz ihre Zuwanderung wieder selbst steuern kann. Deshalb wurde die Ja-Parole beschlossen.

**Kantonale Volksabstimmungen vom 09. Februar 2014**

## **Nein zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen**

Das sogenannte „Hooligan-Konkordat“ enthält neben akzeptablen oder gar notwendigen Instrumentarien auch einzelne Bestimmungen, die klar über das Ziel der Gewalteinämmung hinausschiessen. Das Alkoholverbot bei Hochrisikospielen kann ohne jegliche Probleme umgangen werden. Potentielle Randalierer decken sich bereits auf dem Weg zum Stadion mit den entsprechenden Utensilien ein. Zudem ist die Massnahme zur Gewaltverhinderung bei der Anreise mittels Kombiticket nicht praxistauglich. YB- oder SCB-Fans, die beispielsweise in Luzern wohnen und ein Auswärtsspiel in Zürich besuchen möchten, müssten demnach den Hinweg aufgrund der angestrebten Kollektivkontrolle mit demselben vorgegebenen Zug wie die organisierten Fangruppierungen zurücklegen. Somit werden solche Zuschauer gezwungen, mit ihrem Kombiticket zuerst nach Bern zu fahren, obwohl logischerweise ein anderer Weg zum Stadion des Auswärtsklubs kürzer ist. Solche Regelungen verfehlen ihre Ziele. Die Schweizer Demokraten (SD) haben das Anliegen bereits während der Referendumsfrist bekämpft und sind auch Mitglied des gegnerischen Komitees. Somit wurde die Nein-Parole beschlossen.

**Freundliche Grüsse  
Schweizer Demokraten**

**Kantonalverband Bern  
Andreas Beyeler, Präsident**